

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/027(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 19.04.2013	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:20Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung

Nichtöffentliche Sitzung

- 3 Vortrag zur Thematik "Versorgungssystem"
BE: Geschäftsführer Kommunaler Versorgungsverband Sachsen-Anhalt

Öffentliche Sitzung

- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 08. 03. 2013 - öffentlicher Teil
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Bürgerbeteiligung in der LH Magdeburg - innovative
Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

I0004/13

5.2	Berichterstattung Fortgang Strombrückenzug (002) - Aktueller Stand des Vorhabens Neubau Elbbrücken im I. Quartal 2013 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	I0028/13
6	Anträge	
6.1	Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort" FDP-Fraktion	A0134/12
6.1.1	Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort" BE: Bürgermeister	S0005/13
6.2	Westerhüsen, Salbke und Farmersleben lebenswerter gestalten Fraktionen SPD, CDU/BfM, DIE LINKE/Tierschutzpartei, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	A0135/12
6.2.1	Westerhüsen, Salbke und Farmersleben lebenswerter gestalten BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0017/13
6.2.2	Westerhüsen, Salbke und Farmersleben lebenswerter gestalten Ausschuss für Umwelt und Energie	A0135/12/1
6.3	Torsten-Lamprecht-Brücke Fraktionen SPD, DIE LINKE/Tierschutzpartei, Bündnis 90/Die Grünen	A0130/12
6.3.1	Torsten-Lamprecht-Brücke Fraktionen SPD, DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0130/12/1
6.3.2	Torsten-Lamprecht-Brücke BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0339/12
6.4	Bürgerhaushalt Mirko Stage, Oliver Wendenkamp Stadträte future! Die junge Alternative	A0138/12
6.4.1	Bürgerhaushalt BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0016/13
6.4.2	Bürgerhaushalt Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	A0138/12/1
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Vertreter

Stadtrat Jürgen Canehl

i.V.f. SR Wähnelt

Stadtrat Jens Hitzeroth

i.V.f. SR Rohrßen

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Schwenke

Stadträtin Karin Meinecke

i.V.f. SR Müller

Stadtrat Olaf Meister

i.V.f. SR Herbst

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Verwaltung

Büroleiter/Pers. Referent des

Oberbürgermeisters Christian Ruddies

Leiter Tiefbauamt Thorsten Gebhardt

Leiter Fachbereich 02 Dr. Andreas Hartung

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 08. 03. 2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses wird mit nachfolgender Änderung **bestätigt**:

Auf Seite 13, TOP 5.12, 2. Absatz wird der 2. Satz wie folgt **ersetzt**:

„Er teilt nicht die Auffassung der Verwaltung, dass der Ausschuss KRB, der sich schwerpunktmäßig nicht mit spezifischen Fragen des fachgerechten Umgangs mit Wildtieren zu befassen hat, hierzu allein die erforderliche Arbeit leisten kann und soll.“

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Bürgerbeteiligung in der LH Magdeburg - innovative Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung Vorlage: I0004/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Amtes 66 Herr Gebhardt teil.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die vorliegende Information als höchst interessant, kritisiert jedoch, dass die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses ein Jahr gedauert hat.

Eingehend auf die in der Information getroffene Aussage hinsichtlich der Erforderlichkeit der Durchführung von Bürgerversammlungen im Baudezernat auf Grund fehlender geeigneter Räumlichkeiten weist er diese Aussage zurück. Er legt seine Auffassung dar, dass auch andere Räumlichkeiten, z.B. in Schulen, hierfür geeignet sind und kann dieses Argument nicht gelten lassen.

In diesem Zusammenhang nimmt er Bezug auf die Informationsveranstaltung zur Schulentwicklungsplanung am 17. 04. 2013 in der Johanniskirche und hinterfragt Erkenntnisse zu den Gründen für die geringe Beteiligung.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, verweist darauf, dass bezüglich der Bürgerbeteiligungsverfahren bereits ausführliche Informationen vorgelegt wurden und hierzu umfangreich diskutiert wurde.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Canehl zur Beteiligung an der Informationsveranstaltung in der Johanniskirche legt der Oberbürgermeister seine Erfahrung dar, dass Bürger derartige Veranstaltungen nur dann wahrnehmen, wenn sie selbst betroffen sind (z.B. Veranstaltungen zum Straßenausbau). Als mögliche Gründe für die geringe Teilnahme sieht er zum Einen, dass der in der Volksstimmte erfolgte Veranstaltungshinweis nicht in breiter Masse wahrgenommen wurde, und zum Anderen, dass die Anmeldefrist für die Schulwahl bereits beendet war. Die Hauptzielstellung der Veranstaltung, die eingeladenen Schuldirektoren zu informieren, konnte jedoch erreicht werden.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.2. Berichterstattung Fortgang Strombrückenzug (002) - Aktueller
Stand des Vorhabens Neubau Elbbrücken im I. Quartal 2013
Vorlage: I0028/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Amtes 66 Herr Gebhardt teil.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, verweist in seinen Ausführungen auf den im Stadtrat beschlossenen Änderungsantrag DS0238/12/4 seiner Fraktion hinsichtlich der im Planfeststellungsverfahren umzusetzenden sinnvolleren Gestaltung der Anbindung an das Schleinufer. Er legt die Auffassung seiner Fraktion dar, dass die Verkehrsführung durch die Stadtmitte nicht gestärkt, sondern der Verkehr eher hier abgeleitet werden sollte. Bezug nehmend auf Punkt 3.1 der Information kritisiert er, dass diese Maßnahme aus dem Planfeststellungsverfahren herausgenommen werden soll. Hier wird eine Gesamtbetrachtung der Maßnahme als sinnvoller angesehen.

Erläuternd erklärt der Leiter des Amtes 66 Herr Gebhardt, dass sich die Verwaltung der Aufgabe der besseren Verkehrsanbindung stellt. Er führt aus, dass hierzu verschiedene Studien erstellt wurden, deren Ergebnisse dem Stadtrat vorgelegt werden. Herr Gebhardt macht darauf aufmerksam, dass eine Veränderung des Planfeststellungsverfahrens zu erheblichen Problemen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Strombrücke führt.

Der Oberbürgermeister kündigt hierzu an, dass eine schriftliche Beantwortung zur Thematik erfolgt.

VA: Bg VI/

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, macht darauf aufmerksam, dass bis zum Baubeginn noch Zeit bleibt, eine entsprechende Entscheidung herbeizuführen.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass die Verkehrsanbindung nicht im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren der Brückenbaumaßnahme steht.

Zur Feststellung des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, dass die Maßnahme schon durchgeführt werden kann legt Herr Gebhardt dar, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann, wenn der finanzielle Hintergrund geklärt wurde.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, hinterfragt, ob die Gefahr eines Brückeneinsturzes besteht.

Der Oberbürgermeister verweist insbesondere darauf, dass seitens der Verwaltung keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Beschleunigung des Verfahrens besteht.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Dr. Kutschmann legt er dar, dass der Gefahr durch das Brückenbauvorhaben begegnet wird und derzeit durch die zuständige Behörde keine Sperrung vorgenommen werden musste.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die Auffassung seiner Fraktion hinsichtlich einer denkmalgerechten Brückensanierung und kündigt an, dass sich seine Fraktion nicht mehr an der Diskussion hinsichtlich der Brückensanierung beteiligen will.

In Beantwortung seiner Nachfrage hinsichtlich der Positionierung der Verwaltung zum Schreiben der GWA führt der Oberbürgermeister aus, dass, wenn die entsprechende Antwort vorliegt, diese der Fraktion übergeben wird.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Anträge

6.1. Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort" Vorlage: A0134/12

Der Oberbürgermeister informiert über die am 13. 04. 2013 in der Lutherstadt Eisleben stattgefundenen Sitzung der Jury „Das unerschrockene Wort“. Hier wurde eine Änderung des Statutes für die Preisverleihung vorgenommen, dass Vorschläge zur Preisverleihung vor der Preisverleihung nicht veröffentlicht werden dürfen. Im Falle einer vorherigen Veröffentlichung würde sonst der bzw. die Nominierte nicht mehr im Verfahren berücksichtigt. Er sagt zu, den Text der Statutenänderung den Fraktionen zu übergeben.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, legt seine Auffassung dar, dass die Nominierungen nicht durch den Oberbürgermeister erfolgen sollten, sondern entsprechende Vorschläge durch den Verwaltungsausschuss beschlossen werden, nach zuvor im Ausschuss erfolgter Diskussion.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass eine solche Verfahrensweise in anderen Städten zwar so nicht vorgenommen wird, sieht hierzu jedoch keine Probleme. Als wichtig dabei sieht er jedoch die erforderliche Geheimhaltung an.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert, dass im Ausschuss KRB einem entsprechenden Änderungsantrag zugestimmt wurde.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt, den Antrag A0134/13 unter Beachtung des Änderungsantrages des Ausschusses KRB in seiner Sitzung am 02. 05. 2013 zu beschließen.

6.1.1. Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort"
Vorlage: S0005/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0005/13 zur Kenntnis.

6.2. Westerhüsen, Salbke und Fermersleben lebenswerter gestalten
Vorlage: A0135/12

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Amtes 66 Herr Gebhardt teil.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag A0138/12/1 des Ausschusses UWE.

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf Punkt 1 des Änderungsantrages und gibt den Hinweis, dass eine freiwillige Umsetzung vorläufiger Maßnahmen widersprüchlich sei und hier eine redaktionelle Änderung dahingehend vorgenommen werden sollte, einen Prüfauftrag zu erteilen.

Hinweis: Die redaktionelle Änderung liegt als Änderungsantrag A0135/12/1/1 des Verwaltungsausschusses vor und lautet:

„1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die in der Anlage zum Antrag A0135/12 genannten Maßnahmen als vorläufige Maßnahmen durch die Verwaltung umgesetzt werden können.“

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bestätigt, dass der Änderungsantrag in diesem Punkt tatsächlich widersprüchlich sei. In seinen Erläuterungen zum Anliegen des Antrages führt er aus, dass hiermit die Hoffnung verbunden sei, eine Positionierung der Verwaltung dahingehend zu erhalten, welche Maßnahmen umsetzbar sind und welche nicht.

Der Leiter des Amtes 66 Herr Gebhardt führt aus, dass zur Umsetzung der beantragten Maßnahmen zunächst als Grundlage eine entsprechende Studie erforderlich sei. Begründend verweist er auf in Höhe des City Carrès vorgenommene Fahrbahnmarkierungen, die auch nach ihrer Entfernung immer noch sichtbar sind. Mit einer Studie kann und muss vermieden werden, dass bestimmte Verkehrsabläufe falsch eingeschätzt werden und entsprechende Markierungen zurückgenommen werden müssen, da diese auch zu einer Beschädigung der Straßendecke führen.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, legt dar, dass seine Fraktion besonderen Wert auf die Beschlussfassung des Stadtrates zum Änderungsantrag legt und bezeichnet hierbei die Beschlussfassung des Punktes 2 als besonders wichtig.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, verweist auf bereits vielfältige Initiativen der Fraktionen für das Gebiet der Stadtteile Westerhüsen, Salbke und Fermersleben. Er sieht das Erfordernis nach und nach Konzepte zu erstellen, wie langfristig hier, z.B. für eine günstigere Gestaltung des Verkehrs, verfahren werden soll und hält es für richtig, kein gesamtheitliches Konzept zu machen, zumal dies auch aus finanzieller Sicht nicht machbar sei.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, gibt den Hinweis, dass die Verkehrssituation des Gebietes in den Verkehrsentwicklungsplan 2025 aufgenommen wurde.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet es als wichtig, in diesem Stadtgebiet endlich die erforderlichen Maßnahmen zu beginnen.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass dies die Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde sei und nicht Stadtratsangelegenheit.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister den redaktionell geänderten (s.o) Änderungsantrag A0135/13/1 zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0135/12/1 des Ausschusses UwE unter Beachtung des Änderungsantrages A0135/12/1/1 in seiner Sitzung am 02. 05. 2013 zu beschließen.

Mit dieser Beschlussempfehlung hat sich eine Abstimmung zum interfraktionellen Antrag A0135/12 erübrigt.

6.2.1. Westerhüsen, Salbke und Fermersleben lebenswerter gestalten Vorlage: S0017/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0017/13 zur Kenntnis.

6.3. Torsten-Lamprecht-Brücke Vorlage: A0130/12

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Amtes 66 Herr Gebhardt teil.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Änderungsantrages A0130/12/1.

Ergänzend informiert Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, dass hierzu Konsens im Ausschuss KRB erzielt wurde.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, führt aus, dass seine Fraktion Wert auf die Beibehaltung der Brückenumbenennung legt. Bezug nehmend auf die Durchführung einer Bürgerbeteiligung zur Brückenbenennung legt er die Auffassung dar, dass eine neue Bürgerbeteiligung durchgeführt werden sollte.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0130/12/1 der Fraktion SPD und Die LINKE/Tierschutzpartei in seiner Sitzung am 02. 05. 2013 zu beschließen.

Mit dieser Beschlussempfehlung hat sich eine Abstimmung zum Antrag A0130/12 erübrigt.

6.4. Bürgerhaushalt
Vorlage: A0138/12

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 02 Herr Dr. Hartung teil.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, merkt an, dass es bereits aus der Diskussion zur Vorstellung des Haushaltes im Jahr 2006 die Idee seiner Fraktion für einen wie jetzt vorliegenden Antrag gab.

Bezug nehmend auf das im Internet eingerichtete Forum zum Haushalt informiert er über die gemachte Erfahrung, dass eine sehr geringe Bürgerbeteiligung festgestellt werden musste. Er äußert, sich vorstellen zu können, dass auf Grund der Komplexität der Haushaltsaufstellung eine gewisse Frustration der Bürger entsteht, und stellt fest, dass jedoch bei anderen Themen eine große Bürgerbeteiligung zu verzeichnen ist.

Für eine Bürgerbeteiligung sieht er es als besser an, nur auf einzelne Projekte abzielen und hält das Thema Bürgerhaushalt nicht für zielführend. Auf Grund der gesammelten Erfahrungen sieht er die Umsetzung der Thematik Bürgerhaushalt als nicht machbar an.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass es auf ein entsprechende Konzept ankommt, welche Zielstellung verfolgt werden soll. Er informiert über die Beratung des Antrages A0138/12 im Ausschuss KRB und die hier erzielte Übereinstimmung, die Thematik Bürgerhaushalt nicht wie beantragt umzusetzen, sondern zunächst im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung eine Befragung vorzunehmen, wie ein erforderliches Verfahren aussehen könnte. Hierzu wurde einem entsprechenden Änderungsantrag des Ausschusses KRB zugestimmt.

Im Weiteren äußert er seine Vorstellung, dass es zur Thematik Bürgerhaushalt in anderen Städten bereits Verfahren gibt, die umgesetzt werden und äußert sein Interesse, hierüber informiert zu werden.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, verweist darauf, dass es bereits entsprechende Informationsveranstaltungen gab und hier eine sehr geringe Beteiligung festgestellt werden musste. Dazu stehe der zu erbringende finanzielle und zeitliche Aufwand in keinem Verhältnis.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, schätzt ein, dass das Interesse hinsichtlich eine Bürgerhaushaltes relativ gering ist. Er legt seine persönliche Meinung dar, dass es möglicherweise in Verantwortung des Stadtrates liegt, bestimmte Themen so vorzubringen, dass es die Bürger auch interessiert. Er vertritt die Auffassung, die Thematik Bürgerhaushalt nicht gänzlich abzulehnen und spricht sich dafür aus beizubehalten, wichtige Themen zum Haushalt den Bürgern zu erläutern.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass für die Finanzierung des Projektes Bürgerhaushalt investive Mittel des städtischen Haushalts erforderlich sind. Die erforderliche Bereitstellung gestalte sich jedoch momentan schwierig, da diese Mittel im städtischen Haushalt mit Fördermitteln verbunden sind.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf das Internetforum sowie die Bürgerversammlung zum Haushalt und bezeichnet hier vorgebrachte Vorschläge teilweise als bedenklich, da bestimmte Zusammenhänge seitens der Bürger nicht ausreichend gewertet werden konnten.

Er unterbreitet den Vorschlag zunächst darüber zu beraten, wie ein Verfahren zur Bürgerbeteiligung zum Haushalt aussehen könnte, welcher Personenkreis dafür geeignet wäre und in welchem Kreis die Thematik diskutiert werden soll. Stadtrat Bromberg spricht sich gegen eine Zustimmung zum Änderungsantrag aus.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, spricht sich für eine Einbeziehung von Bürgern in die vorbereitende Diskussion zum Haushalt und für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag aus.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, versteht das Anliegen des Änderungsantrages so, dass dieser den Ursprungsantrag ersetzt. Er spricht sich dafür aus, dem Änderungsantrag zuzustimmen und eine Diskussionsveranstaltung durchzuführen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0138/12/1 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0138/12 nicht zu beschließen.

6.4.1. Bürgerhaushalt Vorlage: S0016/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0016/13 zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

6.1. Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die am 25. 04. 2013 im Oberverwaltungsgericht stattfindende Verhandlung zur Klage gegen den Tunnelbau und hinterfragt in diesem Zusammenhang eine Entscheidung des Rechnungsprüfungsausschusses des Landtages.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass es sich nicht um eine Entscheidung des Ausschusses handelte. Insbesondere merkt er an, dass er sich zu dieser Thematik im Vorfeld des Verfahrens nicht öffentlich äußern wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin